

# Positionspapier Fraktion DIE LINKE 2020-2025

## Übergeordnet: Finanzsituation der Stadt

Die Unterfinanzierung der Stadt Duisburg lässt sich nicht mit jahrzehntelanger strenger Spar- und Kürzungspolitik aus der Welt schaffen. Unterlassene Investitionen in öffentliche Leistungen, in Schulen und Sporthallen, in die Verkehrsinfrastruktur oder in den Klimaschutz verschlechtern nachhaltig die Lebensqualität der jetzigen und zukünftigen Generationen. Ohne eine auskömmliche Finanzausstattung ist es unmöglich, die Kommune lebenswert zu gestalten.

Die Ursachen für die Unterfinanzierung und Verschuldung Duisburgs liegen u.a. im Strukturwandel, in den Steuerreformen der letzten Jahrzehnte, in der Verletzung des Konnexitätsprinzips sowie in Fehlentscheidungen und Misswirtschaft auf lokaler Ebene begründet.

Als Resultat aus der Überschuldung und Unterfinanzierung ergibt sich, dass sich Nothaushaltskommunen von gleichwertigkeitsrelevanten Leistungen verabschieden müssen, Investitionen in soziale, personelle, schulische, wirtschaftliche und städtebauliche Infrastruktur ausbleiben und bestehende Leistungen drastisch gekürzt werden müssen.

**Die Schaffung einer auskömmlichen Finanzierung ist Grundlage aller weiteren inhaltlichen Überlegungen, da sich die Situation in Duisburg ohne zusätzliche finanzielle Mittel nicht nennenswert verbessern kann! Diese auskömmliche Finanzierung ist ohne eine grundsätzliche Umorientierung der Finanzpolitik in Bund und Land und damit bei den hier Verantwortung tragenden Parteien nicht denkbar.**

Was ist also notwendig:

- Ausgleich unterschiedlicher **Einnahmenniveaus** von Steuern zwischen den Städten durch Systeme des finanziellen Ausgleichs zwischen Bund und Ländern und Ländern und Kommunen,
- Nivellierung unterschiedlicher **Ausgabenbedarfe** (z.B. Belastungen durch hohe Sozialkosten) durch die komplette Übernahme der KdU,
- konsequente Einhaltung des Konnexitätsprinzips,
- dauerhaft auskömmliche Finanzierung der Kommunen durch Erhöhung der Einnahmenseite mittels Steuerreformen auf Landes- und Bundesebene.

Die vorgenannten Maßnahmen können die Folgen der Strukturschwäche nicht beseitigen – deshalb:

- Strukturschwache Städte müssen **zukunftsfähige Wirtschaftsstrukturen aufbauen** durch **regionale Wirtschaftsförderung**.
- Eine **Lösung der Altschuldenproblematik** ist notwendig (siehe unten)
- Ausreichende **Sanierungsmittel für die öffentliche Infrastruktur** müssen bereitgestellt werden.
- Weiteres Problem: Finanzschwache Kommunen können bei Förderprogrammen oftmals hohe kommunale Eigenanteile nicht aufbringen. Ansatz: Überprüfungen von Regelungen des Finanzverfassungsrechts.

## Thema Altschulden:

**Hohe Kassenkredite** verhindern, dass notwendige und zu Recht von Bürger\*innen erwartete Leistungen finanziert werden können, zB. vernachlässigte Verkehrsinfrastruktur, der Sanierungsstau an Schulen, fehlende Möglichkeiten zur Stabilisierung von abgehängten Stadtteilen/ Problemvierteln.

- Möglichkeiten: **direkte und indirekte Lösungen**
  - Indirekt: weitgehende Übernahme der KdU durch Bund
  - Direkt: Bund, Land und Kommunen beteiligen sich an Altschuldenfonds
- Forderung an die Bundesregierung – Förderung und erhebliche Ausweitung von Fördervolumen
  - von Innovations- und Digitalisierungspotenzialen in strukturschwachen Gebieten
  - in Unterstützung von Infrastrukturinvestitionen
  - in Wachstums-, innovations- und mittelstandsorientierte Programme
- Infrastrukturinvestitionen sind eine grundlegende Voraussetzung zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, z.B. KlimaTisch.

**Sind die finanziellen Spielräume der Stadt Duisburg größer, ergeben sich unsere konkreten Forderungen zur Verbesserung der Situation für die Menschen vor Ort:**

## 1. Bekämpfung der sozialen und ökonomischen Armut

In Duisburg sind alle Altersklassen von Armut betroffen. Besonders schmerzhaft ist der nach wie vor immens hohe Anteil von armen Kindern. Kinderarmutsquoten von bis zu 50 % in einzelnen Stadtteilen sind unerträglich und müssen angegangen werden. Auch die Altersarmut wird in Zukunft stark ansteigen. Altersarmut muss in der Lokalpolitik und Stadtspitze offen thematisiert werden.

Um diesen Fehlentwicklungen entgegenzutreten, soll insbesondere mit den folgenden Maßnahmen gegengesteuert werden:

### ➤ **Segregation bekämpfen**

Der Duisburger Wohnungsmarkt ist durch eine ausgeprägte Aufspaltung gekennzeichnet. In den industrienahen vernachlässigten Wohnvierteln lebt vor allem der ärmste Teil der Duisburger\*innen. Die Reichen und Wohlhabenden haben ihre luxuriösen Wohngegenden im Duisburger Süden und am Kaiserberg. Die Mittelschichten verfügen über relativ moderne Wohnungen, sowohl im Altbestand als auch in den zahlreichen neuen Siedlungen.

Was ist notwendig:

- Stärkung des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbestands in Duisburg,
- Ausbau des sozial geförderten öffentlichen Wohnungsbaus,
- Schaffung von mehr sozial geförderten Wohnungsbau durch die GEBAG, die entsprechend ausgestattet werden muss,
- Förderung von altengerechtem und betreutem Wohnen in kommunaler Hand,
- Ausbau der öffentlichen Information und finanziellen Hilfestellung bei der energetischen Modernisierung des Wohnungsbestands,
- Fortschreibung des Wohnungsnotfallplans,
- Stärkere und regelmäßige Kontrollen des Altwohnungsbestands durch die Bauaufsicht, um bauliche Mängel, allgemeine Vernachlässigung durch die Eigentümer, Brandgefahren usw. zu bekämpfen

- Ausweitung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Menschen, die von Wohnungs- oder Obdachlosigkeit betroffen sind
- Änderungen bei den KdU (siehe unten)
- Umfassende statistische Erfassung von (zukünftiger) Altersarmut
- Unterstützung von armen und armutsgefährdeten älteren Menschen durch Politik und Verwaltung in den Bereichen Wohnen und Wohnumfeld, Mobilität, soziale Infrastruktur sowie gesellschaftliche Teilhabe

### ➤ **Änderungen bei den KdU:**

Die zu geringe Übernahme der KdU zwingt Hartz IV-Betroffene oftmals in eine Entscheidung darüber, ob sie den Differenzbetrag aus dem ebenfalls viel zu kleinen Hartz IV-Regelsatz begleichen oder in eine andere Wohnung umziehen. Diese andere Wohnung ist aus den KdU nur in sozialen Brennpunkten zu finanzieren, was wiederum zur Folge hat, dass sich die Segregation weiter verschärft.

Was ist notwendig:

- Komplette Übernahme der tatsächlichen Unterkunftskosten durch das Duisburger Jobcenter (SGB II) und das Duisburger Sozialamt (SGB XII)

### ➤ **Sanktionen aussetzen:**

Letztendlich liegt das Kernproblem der Duisburger Armut in Berlin und dem Hartz IV-System. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil deutlich gemacht, dass Sanktionen mit mehr als 30 % Abzug vom ohnehin schon zu niedrigen Regelsatz verfassungswidrig sind. Insbesondere in Duisburg leiden viele Familien mit Kindern unter dem Hartz-IV-System und den drakonischen Sanktionen.

Was ist notwendig:

- Aussetzung der Sanktionen durch verstärkten Einsatz auf allen politischen Ebenen (u.a. auch Trägerversammlung Jobcenter)

### ➤ **Arbeitsplatzsicherung und -schaffung:**

Die Arbeitsplatzsicherung und -schaffung mit guten, tariflichen und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen ist ein zentraler Bestandteil der Armutsprävention in Duisburg.

Neben der Sicherung von Großbetrieben wie TKS oder HKM ist die Stärkung kleinerer und mittlerer Unternehmen ausschlaggebend. Insbesondere vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie sind viele Unternehmen in wirtschaftliche Nöte geraten und stehen kurz vor der Insolvenz. Neben den großen Playern bilden gerade die kleineren und mittleren Unternehmen jedoch das Rückgrat der Duisburger Wirtschaft und zehntausende Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze hängen an diesen Unternehmen.

Was ist notwendig:

- ein kommunales Beschäftigungsprogramm,
- Bereitstellung wirtschaftsnaher Infrastruktur und Unterstützung der Unternehmen vor Ort (z.B. Staatseinstieg TKS),
- Besetzung der offenen Stellen bei der Verwaltung

- Entlastung und Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen durch alle zur Verfügung stehenden Mittel inklusive Fördergelder etc.,
- Vermeidung von Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und niedrige Löhne durch Qualifizierung und Weiterbildung sowie verbesserte regionale Wirtschaftsförderung,
- Ausbau von Duisburg als Technologie- und Bürostandort (z.B. Duisburg als Wasserstoffstandort entwickeln),
- Verstärkung von Wirtschaftsförderung und Fördermittelakquise,
- Förderung von Neugründungen und Ansiedlungen,
- Unterstützung von Unternehmen bei Digitalisierung und Vernetzung,
- Investition in gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (siehe auch Bildung).

### ➤ **Flächenmanagement:**

In Duisburg gibt es einen dramatischen Mangel an Büro- sowie Gewerbeflächen, was dazu führt, dass sich kaum neue Unternehmen ansiedeln und entsprechend keine Arbeitsplätze entstehen können. Um Abhilfe zu schaffen muss u.a. das Flächenmanagement verändert werden.

Was ist notwendig:

- Mehr Gewerbegebiete und Büroflächen durch Reaktivierung brachliegender Flächen – Keine Umwandlung von Grünflächen in Gewerbegebiete!
- Dazu ist es notwendig Druck auf die Unternehmen auszuüben, die jahrzehntelang Gewinne mit diesen Flächen eingefahren haben und diese nun brach liegen lassen.

## **2. Kinder und Jugendliche stärken**

Gute Kindertagesbetreuung erhöht die Bildungschancen der Kinder, hilft bei Vereinbarkeit von Familie und Beruf und nützt der örtlichen Wirtschaft.

Besonders Kinder aus bildungsfernen Schichten profitieren von qualitativ hochwertigen und frühzeitig einsetzender Kindertagesbetreuung, gleichzeitig verbessert dies den schulischen Erfolg und damit die beruflichen Chancen der Kinder.

Außerdem sind gute Kitas wichtige Standortfaktoren, die potentielle Arbeitgeber dazu bewegen sich in Duisburg anzusiedeln.

Was ist notwendig:

- Neubau von städtischen Kitas
- Senkung der Kita-Gebühren
- Verkleinerung der Gruppengrößen
- Aufstockung des Personals

Bildung ist die unverzichtbare Voraussetzung eines wirtschaftlich prosperierenden demokratischen Sozialstaates.

Stabile Bildungsketten sind wichtig, da sich sonst ungünstige Rahmenbedingungen vor Ort weiter verschlechtern.

Bildung ist ein Standortfaktor und wirkt sich unmittelbar auf den Wohn- und Arbeitsmarkt einer Stadt aus.

## **Herausforderungen der Bildungslandschaft**

- Sanierungsstau bei Schulbauten
- Inklusion und Migration
- Digitalisierung
- Ausbau von Ganztagsangeboten

Was ist notwendig:

- der Bau von modernen Schulgebäuden,
- Sanierung der vorhandenen Schulen,
- kostenlose Bildung und kostenlose Lernmaterialien,
- kostenfreie Ganztagsbetreuung mit gesundem Mittagessen,
- Demokratieförderung (z.B. Einführung Jugendparlament),
- Digitalisierung der Schulen,
- Schulen ausschließlich in öffentlicher Hand und unter öffentlicher Kontrolle,
- wohnortnahe Schulen für alle Kinder,
- eine interkulturelle und inklusive Schule,
- neue Schulkonzepte, u.a. als Reaktion auf die Corona-Pandemie

## **3. Ökologie:**

Der Klimawandel stellt eine der größten Herausforderungen für die Kommunen dar. Klimaschutz ist unerlässlich zur Erhaltung unserer Lebensgrundlagen und gerade auf kommunaler Ebene von besonderer Bedeutung. Die Verkehrswende spielt in diesem Zusammenhang eine übergeordnete Rolle.

Auch der Baumschutz trägt zur Abmilderung der Folgen des Klimawandels bei und ist in einer Industriestadt wie Duisburg unerlässlich.

Was ist notwendig:

- ein umfassendes ökologisch ausgerichtetes Verkehrskonzept mit dem Ziel, den Umweltverbund gegenüber dem motorisierten Individualverkehr (MIV) zu stärken. Der öffentliche Personen-Nahverkehr (ÖPNV) muss dazu deutlich ausgebaut und elektrifiziert werden. Ebenso muss die Infrastruktur für den Rad- und Fußverkehr so ausgebaut werden, dass die Bürger\*innen darin auf kurzen bis mittleren Strecken eine Alternative sehen.
- Wiedereinführung der Baumschutzsatzung
- Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes

## **4. Inklusion erfolgreich gestalten**

Duisburgerinnen und Duisburger mit Migrationshintergrund, Geflüchtete sowie Menschen mit Behinderungen sind überdurchschnittlich von Armut betroffen, sind häufiger arbeitslos, haben geringe

Einkommen, schlechtere Schulabschlüsse, leben insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen und werden in vielen Lebensbereichen ausgegrenzt. Diese Ausgrenzung gilt ebenfalls für Menschen der LGBTGI Community.

Ziel lokaler Politik muss die Überwindung von Benachteiligungen und die gleichberechtigte Teilhabe in unserer Stadtgesellschaft sein. Duisburg muss deutlich mehr Anstrengungen unternehmen, um Ausgrenzungen zu verhindern und allen Menschen gleiche Bildungs- und Berufsperspektiven zu ermöglichen.

Was ist notwendig:

- Integration stärken durch Umsetzung der Zielvereinbarung zwischen Rat der Stadt und Integrationsrat,
- Neuausrichtung der Kulturpolitik, die dazu beitragen muss, die Weltoffenheit und Interkulturalität der Stadtgesellschaft widerzuspiegeln,
- Einrichtung einer Stelle für eine\*n Antidiskriminierungsbeauftragte\*n,
- mehr finanzielle Mittel für die Integrations- und Inklusionsarbeit,
- Beitritt zum Bündnis „Städte sicherer Häfen“,
- Förderung der interkulturellen Kompetenz in der Verwaltung, z.B. durch ein eigenes Dezernat oder eigenes Amt für Zuwanderung und Integration,
- mehr Barrierefreiheit in der ganzen Stadt,
- stärkerer Fokus innerhalb der Verwaltung auf die Belange der Menschen mit Behinderung,
- Errichtung eines „queeren“ Zentrums in Duisburg.

Duisburg, den

**Diese kommunalpolitischen Kernthemen möchte die Ratsfraktion DIE LINKE.Duisburg gerne in den kommenden fünf Jahren mit potentiellen Partnern umsetzen.**